

## Protokoll

über die Sitzung des Rates der Stadt Neustadt a. Rbge. am Donnerstag, 07.01.2016, 18:00 Uhr,  
im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Nienburger Straße 31, 31535 Neustadt a. Rbge.

Anwesend:

### Ratsvorsitzende

Frau Christina Schlicker

### Stellv. Ratsvorsitzender

Herr Hans-Jürgen Hayek

### Bürgermeister

Herr Uwe Sternbeck

### Stellv. Bürgermeister/in

Herr Mustafa Erkan

Frau Ute Lamla

Herr Werner Rump

### Mitglieder

Herr Stephan Aust

Herr Harald Baumann

Herr Heinrich Clausing

Herr Frank Hahn

Herr Klaus Hendrian

Herr Dominic Herbst

Herr Klaus Hibbe

Herr Thomas Iseke

Herr Hans-Günther Jabusch

Herr Dr. Godehard Kass

(ab 18:10 Uhr, TOP I.4)

Herr Wilhelm Kümmerling

Herr Sebastian Lechner

Herr Manfred Lindenmann

Herr Ferdinand Lühring

Herr Wilfried Müller

Herr Tobias Mundt

Herr Björn Niemeyer

Herr Jens Ohlau-von der Heide

Herr Willi Ostermann

Herr Harry Piehl

Herr Andreas Plötz

Herr Stefan Porscha

Frau Sieglinde Ritgen

Herr Otto Rönnebeck

Frau Magdalena Rozanska

Herr Dirk Salzmann

Herr Reinhard Scharnhorst

Herr Werner Schaumann

Herr Klaus-Peter Sommer  
Herr Wolf Dietrich Stannat  
Frau Anja Sternbeck  
Herr Thomas Stolte  
Frau Monika Strecker

### **Verwaltungsvorstand**

Herr Jörg Homeier  
Frau Annette Plein  
Herr Maic Schillack

Fachbereichsleiter 3  
Fachbereichsleiterin 2  
Erster Stadtrat, Fachbereichsleiter 1

### **Verwaltungsangehörige**

Herr Wiegand Ahrbecker

Fachdienst Finanzwesen  
(bis 21:45 Uhr, Ende öffentlicher Teil)

Herr Stefan Bark

Fachdienstleiter Bürgermeisterreferat  
(bis 21:45 Uhr, Ende öffentlicher Teil)

Herr Johannes Faber

Vorsitzender des Personalrates  
(bis 20:15 Uhr, TOP I.6)

Frau Bärbel Heidemann

Gleichstellungsbeauftragte

Herr Dirk Klages

Fachdienst Zentrale Dienste (bis 18:50 Uhr, TOP I.6)

Herr Bernd Knigge

Fachdienstleiter Bildung (bis 19:40 Uhr, TOP I.6)

Frau Kathrin Kühling

Fachdienst Bürgermeisterreferat  
(bis 21:45 Uhr, Ende öffentlicher Teil)

Herr Peter Neuwald

Fachdienstleiter Finanzwesen

(bis 21:45 Uhr, Ende öffentlicher Teil)

Frau Marie Rabe

Fachdienst Zentrale Dienste, Protokoll

Frau Nadine Schley

Fachdienst Bürgermeisterreferat

(bis 21:45 Uhr, Ende öffentlicher Teil)

### **Zuhörer/innen**

68 Personen, davon 4  
Vertreter/innen der örtlichen Presse

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 22:00 Uhr

## Tagesordnung

Vorlage Nr.

### I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 10.12.2015
3. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes
4. Neubau eines Hallen- und Freibades **2015/329**
5. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Neustadt a. Rbge.  
- Antrag der Fraktionen CDU und SPD im Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. **2015/338**
6. Grundsatzbeschluss zur Innenstadtentwicklung Marktstraße-Süd  
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD im Rat der Stadt Neustadt a. Rbge.  
- Antrag der UWG-Fraktion im Rat der Stadt Neustadt a. Rbge.  
- Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen im Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. **2016/002**
7. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2016 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms **2015/225 -  
2015/225/5**
8. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 **2015/211 -  
2015/211/3**
- 8.1. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 - Veränderungen
9. Bebauungsplan Nr. 137 "Auf der Linde", beschleunigte 2. Änderung, Stadt Neustadt a. Rbge., Kernstadt  
- Beschluss zu den Stellungnahmen  
- Satzungsbeschluss **2015/286**
10. Surfstrand Nordufer Steinhuder Meer; Unterhaltungsarbeiten und langfristige Perspektive **2015/270/2**
11. Annahme von freiwilligen Zuwendungen 2015; Sachzuwendungen des Fördervereins der Kooperativen Gesamtschule Neustadt a. Rbge. im Wert von 16.565,88 EUR **2015/335**
12. Annahme von freiwilligen Zuwendungen 2015; Zuwendung der Familia Warenhaus Hannover GmbH & Co. KG in Höhe von 1.500,00 EUR für das Kinder- und Jugendhaus Dyckerhoffstraße **2015/336**
13. Bekanntgaben
- 13.1. Anträge auf Bezuschussung für das Haushaltsjahr 2016 verschiedener sozialer Institutionen und Vereine **2015/317**
  1. Begegnungsstätte Silbernkamp

2. Schuldnerberatung der Diakonie
3. Wellcome
4. Frauenberatungsstelle Neustadt
5. Freiwilligen-Zentrum Neustadt e. V.

13.2. Genehmigung der 2. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr  
2015

**2015/323**

14. Anfragen

**I. Öffentlicher Teil****1. Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Ratsvorsitzende Schlicker eröffnet die Sitzung; sie begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsmäßige Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Frau Bertram-Kühn fehlt entschuldigt. Frau Schlicker spricht den Anwesenden anschließend ihre guten Wünsche für das neue Jahr aus. Für die Arbeit im Rat wünsche sie sich wohl überlegte und ausdiskutierte Entscheidungen zu unterschiedlichen Vorhaben. Hierbei spiele auch die Fähigkeit, die Dinge einmal vom Standpunkt seines Gegenübers aus zu betrachten, eine wichtige Rolle.

Auf Antrag von Herrn Lechner beschließt der Rat sodann einstimmig, die Einwohnerfragestunde zu teilen und nach der Behandlung erster Anfragen unter Tagesordnungspunkt I.3 unter dem Punkt I.6 (Innenstadtentwicklung Marktstraße-Süd) fortzuführen, um an dieser Stelle eine Beantwortung gezielter Fragestellungen zu den Themen Rathausneubau und Innenstadtentwicklung zu ermöglichen.

**2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 10.12.2015**

Um Missverständnissen entgegenzuwirken, bittet Herr Hahn um folgende Ergänzung des Beschlusstextes unter Tagesordnungspunkt I.12 zum Dialogforum Schiene Nord: „...dass die höhengleichen Bahnübergänge im Stadtgebiet aufgrund der Verkehrsbelastungen aufzuheben **und durch Brückenbauwerke oder Unterführungen zu ersetzen** sind“.

Unter Berücksichtigung dieser Anmerkung fasst der Rat bei 3 Enthaltungen einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung am 10.12.2015 wird genehmigt.

**3. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes**

Herr Homeier teilt auf Anfrage einer Einwohnerin mit, dass die Möglichkeit einer Kamera-Überwachung des neuen ZOB zur Vermeidung von Vandalismusschäden zurzeit geprüft werde.

**4. Neubau eines Hallen- und Freibades****2015/329**

Bürgermeister Sternbeck bittet um Zustimmung für den Beschluss zum Hallen- und Freibadneubau, der bei wenigen Enthaltungen einstimmig durch den Finanzausschuss und den Verwaltungsausschuss vorbereitet

worden sei. Die wesentlichen Planungen seien bereits in einer gemeinsamen Fachausschusssitzung vorgestellt worden. Durch einzelne Veränderungen sei das Investitionsvolumen seitdem gestiegen, die Betriebskosten würden hierdurch aber langfristig gesenkt.

Herr Ostermann stellt klar, dass die UWG-Fraktion Bademöglichkeiten in der Kernstadt grundsätzlich nicht ablehne und sich stets für deren Erhalt eingesetzt habe. Das geplante Geschäftsmodell für einen Neubau sei jedoch nicht passend für die Stadt Neustadt; auch angesichts der Investitionssumme berge es unkalkulierbare Risiken. Die UWG-Fraktion werde den Beschlussvorschlag deshalb ablehnen.

Herr Salzmann erklärt, dass die Fraktion FDP/BürgerForum sich zwar ein neues Bad wünsche, die geplante Investitionssumme aber als zu hoch betrachte. An diesen Kosten sei die Stadt Neustadt zwar nicht beteiligt, die ausbleibende Gewinnabführung der Wirtschaftsbetriebe in Höhe von durchschnittlich 0,8 Mio. EUR jährlich werde sich jedoch negativ auswirken, so Herr Salzmann. Auch der Betrieb des neuen Bades werde nicht ohne die Leistung eines Zuschusses möglich sein. Zudem sei die Nachnutzung der vorhandenen Bäder bisher nicht geklärt. Aus den genannten Gründen sei eine Zustimmung zum geplanten Neubau nicht zu verantworten.

Daraufhin fasst der Rat mit 34 Ja-Stimmen bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung folgenden

**Beschluss:**

Die Stadt Neustadt a. Rbge. stimmt dem Bau eines neuen Hallen- und Freibades an der Leinstraße mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von voraussichtlich 19,918 Mio. EUR zu.

**5. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Neustadt a. Rbge. - Antrag der Fraktionen CDU und SPD im Rat der Stadt Neustadt a. Rbge.**

**2015/338**

Herr Lechner erklärt zum Antrag der CDU-Fraktion, dass der Verwaltungsausschuss künftig im Einvernehmen mit dem Bürgermeister über die Besetzung aller Führungskräftepositionen einschließlich der Sachgebietsleitungen entscheiden solle. Bisher bestehe für entsprechende Positionen erst ab der Besoldungsgruppe A 12 ein Mitspracherecht. Durch diese Art der Einbindung könnten die Entscheidungsträger der Verwaltung sowie die ausgewählten Bewerberinnen und Bewerber sich auf ein breites politisches Votum berufen, so Herr Lechner.

Herr Sommer teilt mit, dass die SPD-Fraktion den Antrag aus vielerlei Hinsicht unterstütze. Er verweist auf gegenwärtige Probleme der Verwaltung bei der Erteilung übersichtlicher Auskünfte zur Stellenbesetzung und stellt das geplante Vorgehen als sinnvolles Steuerungsinstrument dar.

Die Herren Herbst und Salzmann beurteilen das Vorhaben kritisch, zeigen sich aber zu einer Diskussion mit offenem Ausgang bereit.

Bürgermeister Sternbeck weist vorab darauf hin, dass eine rechtlich zuläs-

sige Regelung gefunden werden müsse. Dem vorgesehenen Eingriff der Politik in die Personalverwaltung stehe die Organisationshoheit des Bürgermeisters gegenüber.

Daraufhin fasst der Rat bei 8 Enthaltungen einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. beschließt die Verweisung des Antrages der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. vom 17.12.2015 zur Änderung der Hauptsatzung in die Beratungsfolge Verwaltungsausschuss und Rat.

6. **Grundsatzbeschluss zur Innenstadtentwicklung Marktstraße-Süd** **2016/002**  
- **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD im Rat der Stadt Neustadt a. Rbge.**  
- **Antrag der UWG-Fraktion im Rat der Stadt Neustadt a. Rbge.**  
- **Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen im Rat der Stadt Neustadt a. Rbge.**

Herr Homeier weist auf die Tischvorlage Nr. 2016/002 hin und erläutert deren wesentliche Inhalte. Mit einer Standort- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, einer Raum- bzw. Nutzerbedarfsanalyse und einem städtebaulichen Entwicklungskonzept seien bereits wichtige Grundlagen zur Errichtung eines Rathausneubaus am Standort Marktstraße-Süd erarbeitet worden. Die Umsetzung des Antrages der UWG-Fraktion würde angesichts dessen einen Rückschritt bedeuten, so Herr Homeier.

Herr Salzmann bringt sodann den als **Anlage 1** zum Protokoll vorliegenden Änderungsantrag ein. Das beantragte Vorgehen würde seiner Ansicht nach einen sachgerechten Umgang mit den vorliegenden Anträgen der Fraktionen CDU und SPD, UWG und B'90/Die Grünen darstellen, so Herr Salzmann. Eine Bürgerbeteiligung sei angebracht, da der geplante Rathausneubau ein bedeutendes Projekt darstelle, welches die Öffentlichkeit stark berühre.

- - -

Die unter Tagesordnungspunkt I.3 begonnene Einwohnerfragestunde wird anschließend von 18:30 bis 18:37 Uhr fortgesetzt. Die eingebrachten Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner zum Rathausneubau werden in den darauf folgenden Redebeiträgen der Ratsmitglieder beantwortet.

- - -

Herr Lechner begründet im Anschluss den als **Anlage 2** zum Protokoll vorliegenden gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und SPD zur Innenstadtentwicklung Marktstraße-Süd. In einer ausführlichen Rede konkretisiert er die Vorstellungen der Fraktionen, die in der Presse teilweise missverständlich dargestellt und falsch aufgefasst worden seien. Die Entscheidung für den Standort Marktstraße-Süd habe der Rat nach einer umfassenden Untersuchung bereits im Jahr 2013 getroffen, weshalb eine erneute Debatte nicht notwendig sei. Herr Lechner nennt sodann die Vorteile eines mit großzügigen Einzelhandelsflächen verbundenen Neubaus durch einen Investor am Standort Marktstraße-Süd und stellt die entsprechenden Entwicklungspotenziale dar. Er betont, diesbezüglich für weitere

Diskussionen und Kompromisse offen zu sein. Die Ergebnisse des von den Fraktionen CDU und SPD vorgesehenen Architektenwettbewerbes könnten im Rahmen einer Bürgerbeteiligung aktiv diskutiert werden, so Herr Lechner.

Herr Herbst begründet den als **Anlage 3** zum Protokoll vorliegenden Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen. Als Investor sollten allenfalls die städtischen Wirtschaftsbetriebe auftreten, da kein privater Investor Gewinne aus der Errichtung und Vermietung von Büroflächen für die Verwaltung schöpfen dürfe. Eine Verknüpfung des Rathausgebäudes mit Einzelhandelsflächen bedeute eine Subventionierung des Einzelhandels und berge zudem das Risiko des Leerstandes dieser Flächen, so Herr Herbst. Die Fraktion B'90/Die Grünen fordere stattdessen als einzige die Integration der Bibliothek als Besuchermagnet in das Erdgeschoss des Gebäudes. Die Chance einer städtebaulichen Belebung des Bereiches Markstraße-Süd durch den Bau des Rathauses an diesem Standort sollte genutzt werden. Da jedoch auch andere Lösungen diskutiert werden sollten, stimme die Fraktion dem Änderungsantrag der Fraktion FDP/BürgerForum zu.

Herr Lindenmann kritisiert die Verweigerung einer Stellungnahme der Fraktionen CDU und SPD im Vorfeld der heutigen Sitzung. Eine vorherige Diskussion auf sachlicher, offener Ebene hätte seiner Ansicht nach auch die laut Herrn Lechner missverständlich wirkende öffentliche Darstellung positiv beeinflussen können. Ohne die blockierende Haltung der beiden Fraktionen hätte man sich heute bereits an einem fortgeschrittenen Punkt der Beratungen befinden können, so Herr Lindenmann.

Herr Ostermann verweist auf den als **Anlage 4** zum Protokoll vorliegenden Antrag der UWG-Fraktion zur Unterbringung der Stadtverwaltung am Standort Nienburger Straße. Er benennt die Nachteile des Standortes Markstraße-Süd und des vorgesehenen Vermieter-Mieter-Modells. Eine Belebung der Innenstadt könne auch durch die Ansiedlung von Arbeitsagentur, Jugendhilfestation, Bibliothek, Hotels oder anderen Dienstleistern stattfinden, so Herr Ostermann. Ein Rathaus solle dagegen mit Blick auf die Kosten und das Flächenangebot besser an der Nienburger Straße positioniert werden. Herr Ostermann teilt abschließend mit, dass auch die UWG-Fraktion den Antrag der Fraktion FDP/BürgerForum unterstütze.

Herr Iseke wirbt daraufhin für den Änderungsantrag seiner Fraktion. Er begründet die Notwendigkeit einer rechtzeitigen Bürgerbeteiligung und appelliert an die Fraktionen CDU und SPD, ihren eigenen Antrag noch einmal zu überdenken.

Bürgermeister Sternbeck stellt angesichts der ausgedehnten inhaltlichen Diskussion klar, dass in der heutigen Sitzung lediglich zu entscheiden sei, ob überhaupt eine Befassung der zuständigen Gremien mit den vorliegenden Anträgen der Ratsfraktionen stattfinden werde. Dem Änderungsantrag der Fraktion FDP/BürgerForum stimme er zu, da eine breite Bürgerbeteiligung durchaus sinnvoll sei; die bisherige Darstellung einzelner Meinungen in der Presse sei nicht repräsentativ. In seiner Funktion als Leiter der Verwaltung macht Bürgermeister Sternbeck auf den mangelhaften Zustand der Bestandsgebäude der Verwaltung und die aus dem Aufgabenzuwachs resultierenden räumlichen Engpässe aufmerksam. Auch deshalb besitze ein Rathausneubau, der die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung sowie die At-



traktivität der Arbeitsplätze steigern und der erheblichen Mitarbeiterfluktuation entgegenwirken könne, Priorität. Die gute Erreichbarkeit des Standortes Markstraße-Süd sei hierbei eine entscheidende Voraussetzung, so Herr Sternbeck. Ein Neubau in diesem Bereich biete zudem die Chance, die Entwicklung der Innenstadt positiv zu beeinflussen.

Herr Lechner beantragt anschließend, den Änderungsantrag der Fraktion FDP/BürgerForum dahingehend zu ändern, dass eine Beratung der verschiedenen Anträge zum Rathausneubau bereits in der Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am 25.01.2016 und bei Bedarf in einer weiteren Ausschusssitzung im Februar stattfinden möge. Die entsprechende Vorlage solle auch die mit einem Spezialisten besprochenen Aspekte hinsichtlich des Vergabeverfahrens beinhalten. Eine abschließende Entscheidung des Rates solle in der Sitzung 03.03.2016 herbeigeführt werden, so Herr Lechner. Parallel sollten die Anträge der Fraktionen bis dahin über das städtische Beteiligungsportal zur Debatte gestellt werden, sodass schließlich alle Aspekte aus einer transparenten Debatte in die Entscheidung des Rates einfließen könnten. Des Weiteren beantragt Herr Lechner, den Antrag der UWG-Fraktion nicht weiter in den Gremien zu behandeln, da eine Grundsatzentscheidung zur Standortauswahl bereits getroffen worden sei. Zum Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen beantragt Herr Lechner eine Befassung.

Nachdem der Rat nach weiteren Redebeiträgen auf Antrag von Herrn Mundt einstimmig die Schließung der Rednerliste beschließt, fasst der Rat unter Einbeziehung der Anträge von Herrn Lechner folgende

### **Beschlüsse:**

1. Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung einer Vorlage zur Beratung der Anträge der Ratsfraktionen zum Rathausneubau in den städtischen Gremien beauftragt. Hierbei sind auch die mit einem Spezialisten besprochenen Aspekte bezüglich des Vergabeverfahrens zu berücksichtigen. Parallel sind die vorliegenden Anträge der Ratsfraktionen zwecks Beteiligung der Öffentlichkeit an der Willensbildung über die zukünftige Unterbringung der Stadtverwaltung in geeigneter Form über das städtische Beteiligungsportal zur Debatte zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	28	Nein:	11	Enthaltungen:	0
-----	----	-------	----	---------------	---

- - -

Herr Salzmann stellt daraufhin klar, dass dieser Beschluss nicht mehr dem Antrag der Fraktion FDP/BürgerForum entspreche, welchen er deshalb zurückziehe.

- - -

2. Die Beratungsfolge der entsprechenden Beschlussvorlage beginnt in der Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses am 25.01.2016 und endet mit einer Entscheidung in der Ratssitzung am 03.03.2016.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	27	Nein:	12	Enthaltungen:	0
-----	----	-------	----	---------------	---

3. Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. beschließt zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und SPD im Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. vom 19.11.2015 Befassung.

**Abstimmungsergebnis:** Ja: 28 | Nein: 11 | Enthaltungen: 0

4. Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. beschließt zum Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen im Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. vom 09.12.2015 Befassung.

**Abstimmungsergebnis:** Ja: 39 | Nein: 0 | Enthaltungen: 0

5. Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. beschließt zum Antrag der UWG-Fraktion im Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. vom 17.12.2015 Nichtbefassung.

**Abstimmungsergebnis:** Ja: 27 | Nein: 11 | Enthaltungen: 1

- - -

Herr Salzmann übergibt Bürgermeister Sternbeck daraufhin die Anzeige zur Durchführung eines Bürgerbegehrens zum Rathausneubau in Neustadt a. Rbge.

Herr Herbst weist unter Verweis auf die Geschäftsordnung darauf hin, dass der unter Nr. 1 gefasste Beschluss hinsichtlich der Bürgerbeteiligung nicht gültig sei. Nach einem Ratsbeschluss aus dem Jahr 2013 sei hierfür eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, die nicht vorgelegen habe.

Herr Lechner wendet ein, dass die beschlossene Art der Bürgerbeteiligung nicht von der Regelung aus dem genannten Ratsbeschluss umfasst sei.

Bürgermeister Sternbeck kündigt eine Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Beschlüsse an. Die Thematik werde gegebenenfalls in einer Sitzung des Verwaltungsausschusses wieder aufgegriffen.

- - -

Daraufhin unterbricht Ratsvorsitzende Schlicker die Sitzung auf Antrag mehrerer Ratsmitglieder von 20:15 Uhr bis 20:25 Uhr.

**7. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2016 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms**

**2015/225 –  
2015/225/5**

Bürgermeister Sternbeck weist einleitend auf die Tischvorlage Nr. 2015/225/5 hin, die die Ergebnisse aus den Beratungen des Verwaltungsausschusses beinhalte.

Herr Sommer hält anschließend die als **Anlage 5** zum Protokoll vorliegende Rede zum Haushalt.

Herr Lechner führt zu Beginn seiner Rede aus, dass der geplante Fehlbetrag für das Haushaltsjahr 2016 auch durch die Einbringung zahlreicher Änderungsanträge der CDU-Fraktion um 327.000 EUR gesenkt werden konnte. Die künftige Verschuldung der Stadt sei um 14 Mio. EUR reduziert worden. Dies stelle eine gute Ausgangslage dar, um in den kommenden Jahren Spielräume für Investitionen in Feuerwehrrstandorte, Schulen, Kitas und Straßen sowohl in der Kernstadt als auch im ländlichen Bereich zu

erarbeiten. Auch die von der CDU-Fraktion veranlasste Pauschalkürzung um 1 Mio. EUR stelle im Hinblick auf die folgenden Jahre eine wichtige Maßnahme dar, so Herr Lechner. Des Weiteren seien auf Antrag der CDU-Fraktion wichtige Stellen in Bezug auf die Koordinierung der Flüchtlingshilfe sowie die Beseitigung der höhengleichen Bahnübergänge aufgenommen worden. Außerdem würden viele kleinere, von den Ortsräten beantragte Maßnahmen umgesetzt, die den städtischen Haushalt nicht zu sehr belasten und gleichzeitig einen schnellen Nutzen schaffen würden. Für den Bereich der Personalwirtschaft erwarte die CDU-Fraktion in Zukunft auch durch die Einführung einer neuen Software eine ausreichende Informationsgrundlage, um darauf aufbauend gemeinsam mit der Verwaltung ein Personalentwicklungskonzept erarbeiten zu können. Herr Lechner zeigt sich sodann enttäuscht über die sehr zurückhaltende Einmischung der Fraktionen B'90/Die Grünen, UWG und FDP/BürgerForum bei den Haushaltsberatungen. Abschließend kündigt er an, dass die CDU-Fraktion dem Haushalt zustimmen werde.

Herr Herbst verliest eine gekürzte Version seiner als **Anlage 6** zum Protokoll vorliegenden Haushaltsrede. Er beantragt sodann, einen Betrag in Höhe von 5.000 EUR als Anschubfinanzierung für die Einrichtung einer Begegnungsstätte der Dorfwerkstatt Bordenau in den Haushalt einzustellen. Der Antrag wird nach kurzer Diskussion bei 13 Ja-Stimmen, 17 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.

Der anschließend eingebrachte Antrag von Herrn Herbst, den ursprünglich angesetzten Betrag in Höhe von 19.800 EUR für das Klimaschutzprojekt „Verwurzeln“ wieder in den Haushalt einzustellen, wird bei 8 Ja-Stimmen und 31 Gegenstimmen abgelehnt. Frau Lamla weist darauf hin, dass das Projekt „Verwurzeln“ Bestandteil des im Jahre 2009 vom Rat beschlossenen Klimaschutzprogramms sei. Sie bittet die Ratsmitglieder darum, den Beschluss ernst zu nehmen und sich über die Inhalte und die Bedeutung des Programms zu informieren.

Herr Ostermann erklärt anhand eines Beispiels zunächst, dass die kleineren Ratsfraktionen offensichtlich aufgrund der Reaktionen der Mehrheitsfraktionen keine Anträge mehr zum Haushalt stellen würden. Anschließend dankt er der Verwaltung für die neue, transparente Form der Haushaltsberatungen. Dem Haushalt für das Jahr 2016 könne die UWG-Fraktion jedoch nicht zustimmen, da dringend erforderliche Sanierungen an Schulen, Turnhallen und elementaren Erziehungseinrichtungen nicht vorgenommen würden. So habe die Verwaltung auch die Rangliste zur Sanierung von Turnhallen zugunsten der Errichtung einer einzigen Turnhalle am Gymnasium gekippt. Herr Ostermann zeigt auf, dass die Gewinnabführung der Wirtschaftsbetriebe an die Stadt sich im Zeitraum von 2012 bis 2014 um 62 % erhöht habe, was unverständlich und für die Verbraucher ein falsches Signal sei. Das Vorgehen der Fraktionen CDU und SPD bei den Haushaltsberatungen empfinde er als planlos und nicht nachvollziehbar.

Herr Salzmann kündigt an, dass auch die Fraktion FDP/BürgerForum den Haushalt ablehnen werde. Eine Nettoneuverschuldung von rund 4,8 Mio. EUR sei nicht tragbar, zudem verzichte man durch den Neubau des Hallenbades auf eine jährliche Gewinnabführung durch Wirtschaftsbetriebe in Höhe von etwa 800.000 EUR. Für die nächsten Jahre sehe er auch deshalb keine Investitionsspielräume im Haushalt, obwohl Maßnahmen an Schulen, Turnhallen und Feuerwehrgerätehäusern dringend notwendig

seien, so Herr Salzmann. Die von der CDU-Fraktion geforderte Pauschal-einsparung sei sinnvoll, die Entwicklung der Minderausgabe müsse so- dann aber auch im Rahmen eines Controllings über das gesamte Jahr 2016 begleitet und kontrolliert werden. Bezüglich der Zusammenarbeit im Rat wirft Herr Salzmann den Mehrheitsfraktionen eine Ignoranz gegenüber den übrigen Beteiligten vor. Er halte es für angebracht, Meinungen nicht rücksichtslos durchzusetzen, sondern rechtzeitig und auf breiter Basis zu diskutieren und gegebenenfalls zu revidieren.

Anschließend spricht Bürgermeister Sternbeck zum Haushalt, wobei er verschiedene, bereits intensiv und erfolgreich von der Verwaltung bearbei- tete Maßnahmen benennt. Auf diesem Weg habe man Erfolge für die Ent- wicklung des Neustädter Landes erreicht. Die Verwaltung habe im Jahr 2015 auch ihre eigene Entwicklung vorangetrieben und weitere Bausteine eines transparenten Haushaltes eingeführt. Auch Jahresabschlüsse lege die Verwaltung dem Rechnungsprüfungsamt mittlerweile wieder rechtzeitig vor, zudem werde die Kosten- und Leistungsrechnung weiter ausgebaut. An den Schlüsselvorhaben werde weiter mit Hochdruck gearbeitet, sodass hierzu im Jahr 2016 wichtige Entscheidung getroffen werden könnten. In Bezug auf den Ablauf der Haushaltsberatungen kritisiert Herr Sternbeck, dass die Verwaltung die von den Fraktionen CDU und SPD eingebrachte globale Einsparforderung von 1 Mio. EUR selbstständig umsetzen müsse. Er habe eine Konkretisierung dieser Forderung durch die Fraktionen in Zusammenarbeit mit der Verwaltung erwartet, so Herr Sternbeck. Die not- wendige Dialogbereitschaft habe jedoch gefehlt. Durch zahlreiche weitere, von den Fraktionen CDU und SPD veranlasste Änderungen sehe er sich in seiner Funktion als Ratsmitglied nicht in der Lage, dem Haushalt in der vorliegenden Form zuzustimmen.

Bezugnehmend auf den letzten Teil der Rede bittet Herr Hahn den Bür- germeister darum, in Zukunft regelmäßig an den Sitzungen des Finanz- ausschusses zur Beratung des Haushaltes teilzunehmen.

Daraufhin fasst der Rat mit 27 Ja-Stimmen bei 12 Gegenstimmen folgen- den

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. beschließt

1. die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung für das Jahr 2016 (einschließlich Stellenplan) und
2. gemäß § 58 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsge- setz (NKomVG) das der Finanzplanung zugrunde liegende Investi- tionsprogramm.

Eine Ausfertigung der Haushaltssatzung wird zum Bestandteil der Nieder- schrift erklärt.

- - -

### **Hinweis der Verwaltung:**

*Eine Ausfertigung der Haushaltssatzung ist dem Protokoll als **Anlage 7** beigefügt.*

8. **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016** 2015/211 -  
2015/211/3
- 8.1. **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2016 - Veränderungen**

Der Rat fasst mit 35 Ja-Stimmen bei 4 Gegenstimmen folgenden

**Beschluss:**

Die Beschlussfassung ergeht im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016.

Künftig ist jede zu besetzende Stelle vor Beginn des Ausschreibungsverfahrens dem Verwaltungsausschuss mitzuteilen.

9. **Bebauungsplan Nr. 137 "Auf der Linde", beschleunigte 2. Änderung, Stadt Neustadt a. Rbge., Kernstadt** 2015/286  
**- Beschluss zu den Stellungnahmen**  
**- Satzungsbeschluss**

Herr Iseke spricht sich gegen einen Verkauf des Grundstückes aus, da es eine der letzten natürlichen Flächen im Umkreis darstelle und häufig von Kindern zum Spielen genutzt werde.

Daraufhin fasst der Rat mit 37 Ja-Stimmen bei 2 Gegenstimmen folgenden

**Beschluss:**

1. Den Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 137 "Auf der Linde", beschleunigte 2. Änderung, Stadt Neustadt a. Rbge., Kernstadt, wird, wie in der Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr. 2015/286 ausgeführt, stattgegeben bzw. nicht gefolgt. Die Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr. 2015/286 ist Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Der Bebauungsplan Nr. 137 "Auf der Linde", beschleunigte 2. Änderung, Stadt Neustadt a. Rbge., Kernstadt, wird gemäß § 10 Absatz 1 BauGB als Satzung beschlossen (Anlage 2 zur Beschlussvorlage Nr. 2015/286 ). Die Begründung hat in der Fassung der Anlage 3 zur Beschlussvorlage Nr. 2015/286 an dieser Beschlussfassung teilgenommen.

10. **Surfstrand Nordufer Steinhuder Meer; Unterhaltungsarbeiten und langfristige Perspektive** 2015/270/2

Der Rat fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Surfstrand am Nordufer des Steinhuder Meeres ist ein überregional bedeutsamer und attraktiver Treffpunkt für Wind- und Kitesurfer. Die sportliche Nutzung ist langfristig durch Ufer sichernde Maßnahmen zu gewährleisten.

Die Verwaltung wird beauftragt, finanziell nachhaltige Lösungen für eine

Ufersicherung einschließlich Finanzierungskonzept zu entwickeln. Ohne gesichertes Finanzierungs- und nachhaltiges Ufersicherungskonzept ist eine Ufersicherung *ohne regelmäßige Sandrückholung gefährdet*. Für die laufenden Unterhaltungsmaßnahmen ist eine Kofinanzierung zu finden.

Konzepte zur nachhaltigen Ufersicherung und zur Beteiligung der Wassersportler an den Unterhaltungskosten sind den städtischen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

**11. Annahme von freiwilligen Zuwendungen 2015; Sachzuwendungen des Fördervereins der Kooperativen Gesamtschule Neustadt a. Rbge. im Wert von 16.565,88 EUR** **2015/335**

Der Rat fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. stimmt der Annahme der Sachzuwendungen des Fördervereins der Kooperativen Gesamtschule Neustadt a. Rbge., vertreten durch Frau Rita Grehl, Leinstraße 85, 31535 Neustadt a. Rbge., im Wert von insgesamt 16.565,88 EUR gemäß § 111 Absatz 7 NKomVG i. V. m. § 25 a GemHKVO zu.

**12. Annahme von freiwilligen Zuwendungen 2015; Zuwendung der Familia Warenhaus Hannover GmbH & Co. KG in Höhe von 1.500,00 EUR für das Kinder- und Jugendhaus Dyckerhoffstraße** **2015/336**

Der Rat fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. stimmt der Annahme der Zuwendung der Familia Warenhaus Hannover GmbH & Co. KG, Alte Weide 7-13, 24116 Kiel, in Höhe von 1.500,00 EUR gemäß § 111 Absatz 7 NKomVG i. V. m. § 25 a GemHKVO zu.

**13. Bekanntgaben**

Frau Heidemann lädt alle Anwesenden zu einem Generationenklönschnack als Erweiterung des bisherigen Generationentreffens am 31.01.2016 von 11:00 bis 13:00 Uhr im Rathaus ein. Auf diesem Wege solle Interessierten aller Altersgruppen die Möglichkeit eröffnet werden, von der Begegnung mit anderen Generationen zu profitieren.

**13.1. Anträge auf Bezuschussung für das Haushaltsjahr 2016 verschiedener sozialer Institutionen und Vereine** **2015/317**

Der Rat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

**13.2. Genehmigung der 2. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015**

**2015/323**

Der Rat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

**14. Anfragen**

Herr Iseke merkt an, dass die Verwaltung offensichtlich nicht in der Lage sei, die planungsrechtlichen Grundlagen für die Einrichtung dringend notwendiger Parkmöglichkeiten auf beiden Seiten des Bahnhofes zu schaffen. Er fordert den Bürgermeister deshalb zur Beantwortung folgender Anfragen im Rahmen seiner Informationspflicht über die Tätigkeit der städtischen Wirtschaftsbetriebe auf:

1. Warum wurden die städtischen Gremien nicht rechtzeitig über den Bauantrag der Wirtschaftsbetriebe zur Errichtung eines Parkplatzes auf der Fläche des ehemaligen provisorischen ZOB informiert?
2. Warum haben die Mitglieder der entsprechenden Aufsichtsräte nicht darauf geachtet, dass der Bauantrag so rechtzeitig gestellt wird, dass der Parkplatz gemeinsam mit dem neuen ZOB eröffnet werden kann?

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Ratsvorsitzende Schlicker den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:45 Uhr.

Ratsvorsitzende

Bürgermeister

Protokollführerin

Neustadt a. Rbge., 14.01.2016